



Vorerst bleibt die Luftwaffe nur während der Bürozeiten einsatzbereit

LUFTPOLIZEIDIENST Ab 2015 sollte die Luftwaffe rund um die Uhr intervenieren können. Doch der Plan verzögert sich nun – sehr zum Ärger bürgerlicher Parlamentarier.

EVA NOVAK, BERN
eva.novak@luzernerzeitung.ch

Nach Büroschluss ist der Schweizer Luftraum für Eindringlinge frei. Die Luftwaffe, welche in Friedenszeiten als Polizei über die Wahrung der Lufthoheit wacht und fehlbare Flugobjekte auf den richtigen Weg bringt, kann nur zwischen 8 und 17 Uhr intervenieren – abzüglich der Mittagspause. Und auch das nur wochentags, ausser es findet gerade ein Grossanlass wie das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos oder der G-8-Gipfel in Evian statt.

Luftleerer Raum

Damit müsse Schluss sein, befand das Parlament vor einem Jahr und überwies eine Motion des Obwaldner FDP-Ständerats Hans Hess, welche eine Interventionsbereitschaft rund um die Uhr verlangt. Sämtliche anderen Länder Europas mit Ausnahme Österreichs seien in der Lage, den Luftraum jederzeit aktiv zu kontrollieren und in Not geratenen Flugzeugen zu helfen, hiess es. Schliesslich müsse die Schweiz nicht nur für Krisen wie allfällige Terroranschläge gewappnet sein, sondern auch ihrer Neutralitätspolitischen Verpflichtung nachkommen. Diese «hört eben nicht um 17 Uhr auf», befand Thomas Hurter (SVP, Schaffhausen) namens der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) des Nationalrats.

Mehr Piloten, mehr Fluglotsen

Bei Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP) rannten die besorgten Sicherheitspolitiker offene Türen ein. Es brauche zwar mehr Piloten und mehr Mittel für die Skyguide, und auch am Boden gebe es einiges zu organisieren, aber: «Im Verlauf der nächsten drei bis fünf

Jahre sollten wir diese Überwachung sicherstellen können», versicherte Maurer den besorgten Ständeräten im Frühjahr 2010.

Anderthalb Jahre später sieht der Fahrplan deutlich weniger ambitionös aus: Zwar hat die Luftwaffe inzwischen ein Konzept entwickelt, wie sie die 24-Stunden-Bereitschaft umzusetzen gedenkt. Doch wird dies nicht drei bis fünf, sondern mindestens sieben Jahre dauern. Eine Arbeitsgruppe der Luftwaffe habe verschiedene Umsetzungsvarianten ausgearbeitet, bestätigt Armeesprecher Christian Burri auf Anfrage. «Die Umsetzung der Motion Hess ist per Anfang 2017 vorgesehen.»

Unbewachte Nacht

Allerdings nicht wie bestellt. Gemäss Recherchen unserer Zeitung sieht das von der Armeeführung bewilligte Konzept auf Anfang 2017 zunächst einen «Zwischenschritt» vor. Auf diesen Zeitpunkt soll die Bereitschaft zwischen 6 Uhr morgens und 10 Uhr abends sichergestellt sein. Wann die restlichen acht Stunden abgedeckt werden, bleibt vorläufig offen.

Zusätzlichen Fluglärm beim Flugplatz Emmen soll deswegen nicht geben. Erstens hatte Maurer schon im Parlament versichert, es sei nicht so, «dass dann plötzlich während der ganzen Nacht Militärflugzeuge am Himmel wären». Das Gegenteil werde der Fall sein, da die Armee ja sparen müsse.

Zweitens sieht das von der Armeeführung genehmigte Konzept Payerne als Einsatzflugplatz vor. Zwei F/A-18-Kampffjets sollen daselbst samt Besatzung und Bodenpersonal permanent abrufbereit sein.

Schwer bewaffnet

Die beiden Maschinen werden gemäss dem Konzept voll bewaffnet sein: Neben der Bordkanone führen sie, ähnlich wie jeweils während des WEF, je eine radargelenkte Amraam sowie eine wärme-gelenkte Sidewinder Luft-Luft-Lenk-waffe mit sich. Ein dritter Kampffjet als Reserve ist in dem Konzept nicht vorgesehen. Dafür soll die Reaktionszeit auf

15 Minuten verkürzt werden, was dem Durchschnitt der europäischen Länder entspricht. Damit wurde die ursprünglich vorgesehene Interventionszeit von maximal 30 Minuten, welche von Aviatikexperten als viel zu lang kritisiert worden war, glatt halbiert.

Armeeintern geht man weiterhin von zusätzlichen Kosten von jährlich 15 Millionen Franken aus – wobei Insider zweifeln, ob dafür wirklich die rund 75 Personen auf allen Stufen samt Material zu haben sind. Bereits diese Summe hatte im Parlament zu links-grüner Opposition geführt. Es sei Verhältnisblödsinn, für so viel Geld einen zusätzlichen nicht registrierten Überflug pro Monat zu kontrollieren. Man solle gescheiter die bestehende Zusammenarbeit mit den Nachbarländern verstärken, hatte die Luzerner SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo im Nationalrat namens einer Minderheit in der Sicherheitskommission argumentiert.

Angesichts der intern bedingten Verzögerung kann sich Birrer-Heimo nun eine gewisse Genugtuung nicht verkneifen: «Offenbar behindert sich die Armee selbst am stärksten, wenn es darum geht, die angeblich so dringenden Lücken in der Sicherung des Luftraums zu schliessen», sagt sie. Derweil der Zuger Grüne Josef Lang darauf hinweist, dass das Jahr 2017 exakt dem vom Bundesrat festgelegten Fahrplan für die Beschaffung neuer Kampffjets entspreche.

Der Luftpolizeidienst sei ein weiterer wichtiger Grund, die Flieger schnell zu beschaffen, widerspricht der Nidwaldner Freisinnige Edi Engelberger. Und Thomas Hurter fügt an, dass es zu solchen Verzögerungen nun mal komme, wenn man der Armee immer mehr Mittel entziehe.

Grosses Staunen

Motionär Hans Hess hingegen kann nur staunen, dass es so lang gehen soll, bis seine Forderung erfüllt wird. Mit ihm staunt Bruno Frick (CVP, Schwyz): «Das ist nicht die Lösung, die wir uns vorgestellt haben», sagt der Präsident der ständerätlichen Sicherheitskommission. Und kündigt an, sich bei nächster Gelegenheit darüber informieren zu wollen.